

Ergebnisprotokoll der 4. Sitzung der AG Perspektive am 11. März 2010

Teilnehmer: Frau Ambrosy-Schütze (ab 19.10 Uhr)

Frau Bruns
Herr Dr. Dürr
Frau Fendler
Frau Perzul
Herr Richter
Herr Dr. Seeber
Herr Wagner
Herr Wehner
Herr Zuch

Sitzungsort und –zeit: OKR, Philosophenweg 1, 18.00 Uhr - 20.00 Uhr

Das Protokoll der 3. Sitzung der AG Perspektive wird gebilligt.

Angesprochen werden nochmals die Bedenken von Frau Blütchen hinsichtlich der Gefahr von Doppelarbeit oder gar Doppelstrukturen. Die AG sieht diese Gefahr ebenfalls, hält aber aufgrund des Auftrages, perspektivisch mögliche Entwicklung der Kirche in Oldenburg zu bedenken, Überschneidungen für unvermeidbar. Es besteht ebenfalls Einvernehmen, dass die Überlegungen nicht bis zur Durchführung der Umsetzung bedacht werden sollen, sondern der Fokus ist vielmehr auf die denkbaren und wahrscheinlichen Entwicklungslinien beschränkt. (Angedacht wird also der grobe Pinselstrich und nicht die für eine Umsetzung erforderliche detaillierte Ausmalung).

Die geplante Einbindung der Kreispfarrer ist aufgrund der Geschäftsordnung der Synode nicht möglich. Daher muß der bereits verschickte Brief durch einen zweiten ergänzt werden, in dem das Gespräch abgesagt wird. Dies wird der Vorsitzende alsbald erledigen.

Thematischer Schwerpunkt der Sitzung war die Präsentation von Herrn Zuch

- zur Situation in den anderen Gliedkirchen der EKD und
- zu Beispielen zur intensiveren Einbindung von Ehrenamtlichen
- Weiterhin wurde das Thema „Immobilienmanagement“ beraten.

Daraus entwickelte sich eine intensive Diskussion. Zentrale Punkte der Präsentation sind in Form einer Vorlage von Herrn Zuch als Anlage beigefügt.

Anlässlich eines Treffens der Personalreferenten der EKD-Kirchen hat Frau Lenk bei vielen anderen Landeskirchen eine „Schockstarre“ festgestellt, weil die Perspektive der Personalsituation der Pfarrerinnen und Pfarrer noch sehr viel schwieriger ist als in der Kirche in Oldenburg und die Wahrnehmung dieser Entwicklung erst sehr spät einsetzte. Gleichzeitig wurde auch deutlich, dass die hier in Oldenburg bestehenden Probleme zwar schwerwiegend sind, aber noch aktiv und nicht nur reaktiv angegangen werden können.

Einige Stichworte aus dieser Diskussion zwischen den Landeskirchen sind:

- Die Zufriedenheit der Pfarrerinnen und Pfarrer mit ihrer Arbeitssituation ist ein wichtiger Multiplikator zur Nachwuchswerbung.
- Es kommt - und wird auch künftig eintreten – zu Streichungen „historischer“ Stellen
- Es muß Kostentransparenz geschaffen werden
- Die Pfarrerentwicklung in vielen Landeskirchen ist identisch, gleichwohl wollen alle Kirchen bei ihrem Anspruch bleiben
- Wir bleiben Volkskirche in der Fläche
- Harte Fakten sind der Stadt – Land – Gegensatz / viele kleine Gemeinden befinden sich auf „viel Fläche bei leeren Pfarrhäusern“ / Überalterung bei Pfarrern und den Gemeindegliedern führt zu „Schwund“ in den Gemeinden
- Gefühlte Fakten sind insbesondere das Empfinden von Überlastung

Beispiel für die Situation einer großen Landeskirche:

Bayern: 2,6 Mio Mitglieder
 1535 Kirchengemeinden (im Durchschnitt 1.700 Mitglieder/Gemeinde)
 703 Gemeinden mit weniger als 800 Personen
 332 Gemeinden mit weniger als 400 Personen
 In den nächsten Jahren wird ein Kostenabbau um 10% bis 13% nötig
 Bereits heute gilt: Pro Pfarrerin 2 – 3 Gemeinden
 In 10 Jahren ist 1/3 der jetzigen Pfarrerschaft ausgeschieden

Inzwischen wird von zahlreichen Kirchen aktiv um Pfarrerinnen und Pfarrer geworben. Bereits jetzt haben sieben Landeskirchen sich für Bewerbungsmöglichkeiten ab dem Jahrgang 1968 geöffnet.

Dies verschärft die Situation in der Kirche in Oldenburg, denn es ist davon auszugehen, daß sich hiesige Pfarrerinnen und Pfarrer auf – vermeintlich – „bessere“ Stellen in anderen Landeskirchen bewerben. Das Abwanderungspotential wird als hoch eingeschätzt. Es gilt also auch, sich neben den Problemen auch der Stärken und Vorteile der Kirche in Oldenburg bewußt zu werden und diese auch auszusprechen.

Diese schlaglichtartig dargestellten Probleme in den Kirchen haben bereits erkennbare Reaktionen hervorgerufen. In der Hannoverschen Landeskirche wird dabei auf Gemeindefusion gesetzt. Die Mindestzahl pro Gemeinde sollte 1.000 Mitglieder betragen.

Mit Anstrengungen zur „Bündelung“ der Pfarrerinnen und Pfarrer, die wohl in allen Landeskirchen versucht werden, werden im Wesentlichen vier Ziele verfolgt:

- Entlastung der Pfarrstelleninhaber
- Verwaltungsvereinfachung
- Koordination und Bündelung der Kräfte
- Bewahrung der Identität und Ehrenamtlichkeit sowie Öffnung in die Region

Wesentliche Grundsätze sind dabei

- der Versuch zur Erhaltung gewachsener Strukturen
- Förderung der Selbstorganisation
- Bewahrung der Kleinräumigkeit - „Kirche bleibt im Dorf“

Deutlich wurde bei der Diskussion, daß es keine Alternative zu Kooperation und Regionalisierung gibt. Klar wurde auch, daß sich auch die Kirchenverwaltung diesen sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen muß.

Vier zentrale Fragen wurden herausgearbeitet:

1. Wie ist das Verhältnis zwischen Ehrenamt und Hauptamt in den Ortsgemeinden und in den Regionen ?
2. Wie sind die Aufgaben des Pfarramtes kritisch zu beschreiben?
3. Wie kann sich Ortsgemeinde öffentlich darstellen?
4. Wie kann lokale Selbstverwaltung erhalten oder gar gestärkt werden?

Teilantworten auf diese Fragen finden sich bereits in anderen Landeskirchen. Z.B.

- in Braunschweig wird als verbandslösung das Modell der „Kirche im Quartier“ verfolgt
- in Bayern wird ein Kuratorenmodell aufgebaut und erprobt. Es geht dabei um Zusammenschlüsse für Kooperation und Verbände, wobei die ehrenamtlichen Kuratoren hauptamtlichen gleichgestellt werden.

Hier drängte sich für die AG die Frage auf, ob es sich bei diesem Einsatz der Ehrenamtlichen nicht um ein „Lückenbüßermodell“ handelt, in dem die Ehrenamtlichkeit überbeansprucht wird.

Mit dem ausführlicheren Papier von Herrn Zuch, das noch nachgereicht wird, soll die Diskussion mit dem Ziel konkreter Ableitungen für die Kirche in Oldenburg auf der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Beim Thema Immobilienmanagement wurde zunächst durch Herrn Wehner ein Überblick zum Sachstand gegeben.

- Z.Zt. wird bereits an einer umfassenden Bestandsaufnahme in eine neue Software gearbeitet. Die freiflächen sind bereits erfasst.
- Bei der Baudatenerfassung muß noch abschließend der Datenbedarf festgelegt werden.
- In Auswertungen soll dann auch eine Gebäudestrukturanalyse möglich werden, die auch eine Bedarfsermittlung sowie die Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit einer Immobilie umfasst.
- Gearbeitet wird z.Zt. an Lösungsansätzen zum Umgang mit Veräußerungserlösen (dies bezieht sich ausschließlich auf bebaute Grundstücke)
- Bei Immobilienverkäufen ist dabei auch die Variante der Schaffung von Ersatzvermögen genauer zu bedenken

In die Diskussion wird auch eingebracht, dass neben den „harten“ auch „weiche“ Faktoren eine Rolle spielen müssen, um beim Immobilienmanagement eine für die Gemeinden tragbare und hilfreiche Lösung finden zu können.

Übereinstimmung bestand darin, daß in den meisten Gemeinden kein Bewußtsein für die Kosten für Erhalt und Betrieb der Gebäude besteht. Gleichzeitig wurde auch deutlich, daß die AG dem Umgang mit Immobilien künftig eine wesentlich wichtigere Rolle als bisher zuschreibt.

Frau Ambrosy-Schütze sagt zu, für die nächste Sitzung eine Übersicht zum Gebäudebestand zu erstellen, um so eine klare Kenntnis von der Ausgangssituation

zu erhalten. Gleichzeitig soll auch die Grundlage der rechtlichen Situation vorgestellt werden sowie eine Übersicht zu Wirtschaftlichkeitskriterien.

Während der Diskussion wurde deutlich, dass weitere Themen bedacht werden müssen. Herr seeber hat übernommen, hierzu kurzfristig jeweils etwas aufzuschreiben, um eine Diskussionsgrundlage zu eröffnen. Im einzelnen sind dies die Themen:

- Verhältnis Verwaltung – Gemeinden
- Entwicklung Finanzen – Verwendung der Mittel
- Innerkirchliche Kommunikation

Dr. Jobst Seeber

18. März 2010